

Rückblick Frühjahrssession 2021

WICHTIGSTE GESCHÄFTE



POSITIV

Nationalrat fordert Öffnung der Restaurants und Fitnesscenter per 22. März!

[21.028 Erklärung des Nationalrates. Umgehende Lockerungen der Corona-Massnahmen](#)

Aufgrund des Drucks der SVP sprachen sich auch FDP und Mitte am 3. März 2021 im Nationalrat für schnellere Öffnungsschritte aus. Die wirtschaftsfeindlichen Massnahmen des Bundes sollen endlich aufgegeben und der Übergang zur Normalität eingeleitet werden. Der Bundesrat weigert sich jedoch, diesen Auftrag zu erfüllen. Statt die längst überfälligen Öffnungsschritte anzuordnen, entschied der Bundesrat am 19. März 2021, die Lockerungen erneut zu verschieben. Damit übergeht der Bundesrat einmal mehr die Kantone. Denn diese haben sich in der Vernehmlassung alle für die Öffnung der Restaurant-Terrassen per 22. März ausgesprochen. Die Hälfte der Kantone verlangte zudem auch die Öffnung der Innenräume der Gastrobetriebe. Die SVP fordert den Bundesrat auf, endlich seine Verantwortung wahrzunehmen und eine Öffnungsstrategie vorzulegen.

Parlament verfügt sofortigen Marschhalt in der Agrarpolitik

[20.022 Agrarpolitik ab 2022 \(AP22+\)](#)

Mit Unterstützung der SVP beschloss nach dem Ständerat auch der Nationalrat die Sistierung der Agrarpolitik 2022+. Die Ratsmehrheit verlangte, dass der Bundesrat einen Bericht erstattet über die Selbstversorgung, die Reduktion des administrativen Aufwandes für die Betriebe und die Rahmenbedingungen für möglichst viel unternehmerische Freiheit. Mit diesem Vorgehen wird das Parlament die Beratungen zur künftigen Agrarpolitik voraussichtlich erst wieder im Sommer 2023 aufnehmen. Die SVP begrüsst den beschlossenen sofortigen Marschhalt. Die Agrarpolitik 2022+ hätte für die Bauernfamilien sinkende Einkommen, mehr administrativen Aufwand und einen Verlust von Kulturland bedeutet. Die einheimische produzierende Landwirtschaft wäre zusätzlich unter Druck geraten.

Ständerat bringt bürgerlichen AHV-Kompromiss auf Kurs

[19.050 Stabilisierung der AHV \(AHV 21\)](#)

Der Ständerat unternahm am 15. März 2021 einen ersten Schritt zur Stabilisierung der AHV. Nur die Linken stimmten dagegen. Der Ständerat glich das Rentenalter der Frauen jenem der Männer auf 65 Jahre an und der Mehrwertsteuer-Normalsatz soll um 0,3 Prozentpunkte auf 8,0 Prozent erhöht werden. Das höhere Frauenrentenalter entlastet die AHV im Jahr 2031 um 1,4 Milliarden Franken. Frauen, die zwischen 1959 und 1967 geboren wurden und nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen in Pension gehen, sollen zum Ausgleich einen Rentenzuschlag erhalten. Damit ist der der AHV-Kompromiss der bürgerlichen Parteien auf Kurs. Als Nächstes wird sich der Nationalrat mit der Vorlage befassen. Es gilt nun, die gute Vorarbeit des Ständerats zu nutzen und die Grundlage für eine umfassende Vorlage zur Stabilisierung der AHV zu legen.

Juso-Steuerinitiative klar zur Ablehnung empfohlen

[20.032 Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative](#)

Das Parlament lehnt die 99-Prozent-Initiative der Juso klar ab.

Die Juso-Steuerinitiative verlangt eine Anpassung der Besteuerung hoher Einkommen, indem Kapitaleinkommen höher besteuert werden. Die SVP bekämpfte die Juso-Steuerinitiative, die nicht mehr, sondern weniger Steuereinnahmen bringen würde. Die finanzstarken Steuerzahler, die von den Linken ins Visier genommen werden, könnten relativ einfach ins Ausland ausweichen, so dass der Schweizer Mittelstand die Zeche bezahlen müsste.



Andere Parteien lassen Gastronomie, Sport- und Kulturveranstalter im Stich

[21.016 Covid-19-Gesetz. Änderung und Zusatzkredit](#)

Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament mit dem Covid-19-Gesetz die Grundlage zur Aufstockung des Härtefallprogramms von 2.5 auf neu 10 Milliarden Franken. Die SVP unterstützte grundsätzlich das Ansinnen des Bundesrats, die Erwerbstätigen und Unternehmen, die unter den Corona-Massnahmen von Bund und Kantonen zu leiden haben, finanziell zu unterstützen. Das beste Mittel wäre jedoch eine umgehende Lockerung der Corona-Massnahmen. Dieselben Parteien – FDP, Mitte –, die den Bundesrat wenige Tage zuvor noch mit einer unverbindlichen Erklärung aufgefordert hatten, die Massnahmen zu lockern, liessen die Gastronomie, Sport- und Kulturveranstalter im Stich, als es darauf ankam, konkrete Öffnungsschritte für den Bundesrat verpflichtend ins Gesetz zu schreiben. Auch von der stärkeren Kontrolle des Bundesrats durch das Parlament, die die SVP forderte, wollten sie plötzlich nichts mehr wissen.

Parlament weigert sich, den «Terrorismusimport» zu stoppen

[20.4346 Mo. Fraktion V. Keine Resettlement-Migranten mit ungeklärter Identität oder aus Gebieten mit einer starken Präsenz von terroristischen Gruppen](#)

[20.4368 Mo. Salzmann. Keine Resettlement-Migranten mit ungeklärter Identität oder aus Gebieten mit einer starken Präsenz von terroristischen Gruppen](#)

Der islamistische Terror ist für die Schweiz eine reale Bedrohung. Zum einen kamen viele der Terroristen, die im Ausland Anschläge verübt hatten, als Asylbewerber nach Europa und hatten Beziehungen zu radikalen Kreisen in der Schweiz. Zum andern verübten Islamisten letztes Jahr in Morges und Lugano Attentate. Die SVP erkannte diese Gefahr und forderte darum mit zwei gleichlautenden Motionen, Flüchtlingsgruppen kein Asyl zu gewähren, wenn sich darunter Personen befinden, deren Identität nicht nachweislich geklärt ist. Weiter ist von einer Aufnahme abzusehen, wenn die Personen aus einem Gebiet mit starker Präsenz von terroristischen, gewalttätigen, extremistischen Gruppierungen oder radikalen Strömungen kommen. In beiden Räten stimmten FDP, Mitte und Linke gegen die gleichlautenden Motionen.

Migranten mit ungeklärter Identität können sich weiterhin frei bewegen

[20.4347 Mo. Fraktion V. Migranten und Asylbewerber mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten geschlossen unterbringen oder überwachen](#)

[20.4367 Mo. Chiesa. Migranten und Asylbewerber mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten geschlossen unterbringen oder überwachen](#)

Die beiden gleichlautenden Motion forderten, dass Migranten und Asylbewerber mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten, die in der Schweiz ein Gesuch stellen, bis zur vollständigen Abklärung ihres Gefährdungspotentials in geschlossenen Zentren unterzubringen oder mit geeigneten Mitteln permanent zu überwachen sind. Die Mitte-Links-Parteien lehnten beide Motionen ab und verhinderten damit einmal mehr Lösungen, die den Menschen in der Schweiz mehr Sicherheit bringen würden. Dieselben Kreise verantworten mit ihrer Politik der falschen Toleranz, dass immer mehr Migranten mit unklarer Identität und mit ihnen Flüchtlings-Terroristen in die Schweiz kommen. Die SVP fordert den Bundesrat entschieden auf, die Schweizer Bevölkerung vor Migranten mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten zu schützen.

Staatlicher Einfluss auf die Medien wächst

[20.038 Massnahmenpaket zugunsten der Medien](#)

Der Nationalrat stockte die Unterstützungsbeiträge für die Medien deutlich auf. Die Mitte-Links-Parteien entschieden, dass neu auch Onlinemedien mit jährlich 30 Millionen Franken gefördert werden sollen. Insgesamt fliessen dadurch direkt und indirekt 120 Millionen Franken zusätzlich in die Medienförderung. In einer Zeit, in der der Finanzhaushalt von Bund und der Kantone auf das Äusserste angespannt ist, wird mit dem Ausbau der Medienförderung ein völlig falsches Signal gesetzt. Der Sprecher der SVP-Fraktion, Nationalrat Gregor Rutz, brachte die Problematik der Medienförderung treffend auf den Punkt: Das neue Gesetz brauche es nicht, da es im Onlinebereich kein Marktversagen, sondern eine unerreichte Vielfalt an Angeboten gebe. Die Mitte-Links-Parteien konnten sich jedoch mit dem fadenscheinigen Argument durchsetzen, dass auch Onlinemedien zunehmend für die Demokratie relevant würden. Ausserdem wurde die Medienförderung als Kampf gegen die Medienkonzentration bezeichnet. Mitte-Links focht sich, dass die Verfassungsgrundlage für eine allgemeine, umfassende Medienpolitik des Bundes fehlt. Das Resultat ihrer Politik ist ein wachsender staatlicher Einfluss in den Medien. In Zukunft soll der Bund sogar die Ausbildung der in Journalistenschulen und Medienhäusern sowie die Nachrichtenagenturen mit 30 Millionen Franken finanzieren. Demokratiepolitisch ist dieser Entscheid höchst problematisch. Von staatlich finanzierten Medien ist keine unabhängige, kritische Berichterstattung gegenüber dem Staat zu erwarten.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Auch der Ständerat will den Bundeshaushalt entlasten

[20.067 Administrative Erleichterungen und Entlastung des Bundeshaushalts. Bundesgesetz](#)

Neben Massnahmen zur Effizienzsteigerung im Hoch- und Tiefbau, in der Informatik und bei den Publikationen, mit denen Einsparungen von rund 50 Millionen Franken pro Jahr erzielt werden, umfasste das Paket 36 weitere konkrete Vorhaben oder Prüfaufträge. Die SVP begrüsst die Verbesserung der Prozesse und Abläufe, hätte sich jedoch weitergehende Entlastungsmassnahmen und Anpassungen gewünscht, um den aufgeblähten und stetig wachsenden Bundeshaushalt tatsächlich zu verschlanken, statt die Kosten und den administrativen Aufwand auf die Kantone und auf die Privaten zu überwälzen.

Landwirtschaft muss weiterhin als Sündenbock hinhalten

[19.475 Pa. lv. WAK-SR. Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren](#)

Die SVP hatte den Absenkpfad für Pestizide zu Beginn unterstützt. Im Zuge der parlamentarischen Debatte wurde vom Prinzip einer allgemeinen Risikoverminderung, die von Pestiziden ausgehen, abgesehen und die Landwirtschaft einseitig dazu verpflichtet, Nährstoffverluste zu ihren Lasten abzubauen. Vorgeschrieben wird neu, dass die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser reduziert werden sollen. Dabei wird einer über alle Verursacher gesehene Lösung vorgegriffen, die weder im Sinne der Landwirtschaft noch im Sinne eines ganzheitlichen Umweltschutzes liegt. Es ist fraglich, ob die SVP die einzige Partei war, die in der Schlussabstimmung gegen die Gesetzesanpassung votierte.

SVP trägt Härtefallmassnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie mit

[21.007 Voranschlag 2021. Nachtrag I](#)

Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament acht Nachtragskredite im Umfang von 14,3 Milliarden Franken für weitere Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Der grösste Teil sollte für Härtefallmassnahmen (6,3 Mrd.) und zur Deckung der Kurzarbeitsentschädigung (6 Mrd.) verwendet werden. Die SVP stimmte diesen Mitteln zu, lehnte aber zusätzliche Gelder für das BAG und den Sport ab. Das Masken- und das Impfdebakel hatten gezeigt, dass dem BAG nicht das Geld, sondern offensichtlich die Kompetenz und eine kompetente Führung fehlten. Die SVP war darum nicht bereit, weitere Millionen für das BAG zu sprechen.

Erfolgreich gegen eine Verschärfung des Geldwäschereigesetzes zur Wehr gesetzt

[19.044 Geldwäschereigesetz. Änderung](#)

Der Bundesrat beantragte mit der Revision des Geldwäschereigesetzes, die Empfehlungen des Länderberichts der Financial Action Task Force umzusetzen und strengere Regeln für Anwälte und Treuhänder einzuführen. Nachdem der Nationalrat den Entwurf am 15. Dezember 2020 an die vorberatende Kommission zurückgewiesen hatte, stimmte die grosse Kammer mit 123 zu 67 Stimmen einer Minimallösung zu, der zufolge Anwälte und Treuhänder nicht unter die Sorgfaltspflicht des Geldwäschereigesetzes fallen. Ebenso wurde der Schwellenwert für Barbezahlungen im Edelmetall- und Edelsteinhandel nicht gesenkt. Obwohl die SVP eine Verschärfung des Geldwäschereigesetzes generell abgelehnt hatte, erschien der erzielte Kompromiss im Interesse des Schweizer Finanzplatzes annehmbar.

Ein flexibler Arbeitsmarkt ist die beste Medizin gegen Arbeitslosigkeit

[17.406 Pa. lv. Feller. Für eine moderne Sozialpartnerschaft](#)

[17.407 Pa. lv. Gschwind. Für eine moderne Sozialpartnerschaft](#)

Der Ständerat lehnte es ab, dass die Anforderungen an die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen gesenkt werden. Mit 26 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen gab die kleine Kammer keine Folge. Damit sind die beiden Vorstösse vom Tisch. Die SVP begrüsst, dass die Anforderungen an die Beteiligung der Sozialpartner nicht gesenkt wurden.

Die Schweiz profitiert in der Krise vom flexiblen Arbeitsmarkt. Die Politik sollte weiterhin Sorge dazu tragen.

SVP wehrt sich erfolgreich gegen riskante Volksinitiative

[19.037 Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag](#)

Der Nationalrat folgte dem Ständerat und unterstützte den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise». Die SVP konnte erfolgreich eine Ablehnung der Volksinitiative, mit 102 zu 58 Stimmen und 27 Enthaltungen, in der grossen Kammer herbeiführen. Die SVP wehrte sich allerdings vergeblich gegen eine Täuschung der Schweizer Konsumenten, da das im Gegenvorschlag angepriesene Geo-Blocking, welches ausländische Firmen verpflichten soll, keine überbissenen Preise für Schweizer Konsumenten im Online Handel anzubieten, nicht durchsetzbar ist.

Ständerat lässt Einführung der Digitalsteuer überprüfen

[20.4575 Mo. Levrat. Vorbereitung der Einführung einer Digitalsteuer](#)

Die Motion, die die Besteuerung der digitalen Wirtschaft verlangte, wurde vom Ständerat der vorberatenden Kommission zur Prüfung zugewiesen. Der frühere SP-Präsident Levrat begründete diese Forderung damit, dass die grossen Technologiekonzerne dank ihren multinationalen Strukturen und Steuervereinbarungen die Zahlung von Steuern vermeiden würden. Die Linken vergessen dabei, dass die Technologiekonzerne eine Besteuerung in der Schweiz leicht umgehen könnten. Am Ende resultieren Steuerausfälle, die anderweitig beglichen werden müssen. Darum lehnte die SVP die Einführung einer Digitalsteuer ab.

Es droht eine Aufweichung der Schuldenbremse

[19.071 Finanzhaushaltsgesetz. Änderung \(Vereinfachung und Optimierung der Haushaltssteuerung\)](#)

Gegen den Willen der SVP beschloss der Nationalrat, dass sich das Parlament künftig mit der Erfolgsrechnung und nicht mehr mit der Finanzierungsrechnung beschäftigen wird. Vergeblich mahnte Nationalrat Pirmin Schwander, der Fraktionssprecher der SVP, dass die Anpassungen nicht verfassungskonform seien, weil die Schuldbremse nicht mehr mit der Finanzierungsrechnung verfolgt, sondern neu aus der Erfolgsrechnung abgeleitet werde. Da sich nur die SVP gegen die Aufweichung der Schuldenbremse zur Wehr setzte, trat der Nationalrat nach dem Ständerat ebenfalls auf das Geschäft ein und stimmte der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes zu.

MIGRATIONS POLITIK

Grundlage für einfachere Rückführung nach Algerien beschlossen

[20.4477 Mo. Müller Damian. Jetzt mit Algerien Rückführungen auf dem Seeweg verhandeln!](#)

Der Ständerat beschloss mit 25 zu 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dass der Bundesrat die nötigen Massnahmen ergreifen muss, um die Rückführungen von Migranten auf dem Seeweg zu ermöglichen. Die Landesregierung muss zu diesem Zweck mit Algerien verhandeln, um die Bewilligung eines Transitlandes zu erhalten und einen sogenannten Immigration Liaison Officer in Algier zu entsenden. Die Überweisung der Motion ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Druck auf Algerien muss erhöht werden, damit die Scheinflüchtlinge endlich zurückgenommen werden.

Rückschaffung abgewiesener Asylanten nicht unnötig behindern

[20.3925 Mo. Nationalrat \(SPK-NR\). Keine Lehrabbrüche nach langen Verfahren. Rückkehrhilfe durch den Abschluss einer bereits begonnenen Lehre bei einem negativen Asylentscheid](#)

Die Motion verlangte vom Bundesrat, dass Asylsuchende, die mit einem Lehr- oder Ausbildungsvertrag ausgestattet und im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, ihre Berufsausbildung in jedem Fall abschliessen können, selbst wenn ein negativer Asylentscheid vorliegt. Nachdem die Mitte-Links-Mehrheit im Nationalrat in der Wintersession 2020 gegen die Stimmen der SVP-Fraktion zugestimmt hatte, lehnte der Ständerat die Motion in der Früh-

jahrsession 2021 ab. Die Motion hätte keine Vorteile gebracht, sondern nur zu einer Verschleppung der Asylverfahren geführt. Kantone haben bereits heute die Möglichkeit, einen Ausreiseentscheid zu sistieren, bis die Betroffenen die Lehre abgeschlossen haben.

Stossende Ungleichbehandlung im Ausländerrecht wird nicht beseitigt

[16.403 Pa. Iv. Müller Philipp. Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene](#)

Aktuell haben Schutzbedürftige Anspruch auf eine sofortige Zusammenführung mit ihren Familienangehörigen. Die SVP wollte diese stossende Ungleichbehandlung beseitigen. Die Mehrheit des Nationalrats wollte nicht, dass Schutzbedürftige ihre Familien erst nach drei Jahren in die Schweiz holen dürfen, so wie es für vorläufig Aufgenommene gilt. Einzig die FDP-Fraktion unterstützte die SVP bei diesem Anliegen. Die Gewährung von Schutz ist auf die Dauer einer allgemeinen Gefährdung ausgelegt. Es ist deshalb absurd, Schutzbedürftigen den Familiennachzug zu gewähren, wenn sie in absehbarer Zeit das Land wieder verlassen müssen.

STAATSPOLITIK

Fake-Minderjährige dürfen weiterhin festgehalten werden

[18.321 Kt. Iv. Genf. Stopp der Administrativhaft für Kinder!](#)

Die Standesinitiative des Kantons Genf forderte den Bund auf, das Ausländergesetz dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist. Der Ständerat gab am 10. März 2021 ein zweites Mal keine Folge, so dass die Standesinitiative erledigt ist. Eine Annahme hätte dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Gerade junge Männer aus Afrika geben bei der Einreise oftmals an, dass sie minderjährig sind. Die SVP hat ich konsequent dagegen eingesetzt und ist darum erfreut, dass die Mehrheit des Ständerats nicht auf den täuschenden Titel der Initiative reingefallen ist.

Linksgrün und FDP schaffen neues Bürokratieungeheuer

[19.400 Pa. Iv. SPK-SR. Mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung](#)

Der Nationalrat hatte noch in der Herbstsession 2020 den indirekten Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative klar abgelehnt. Damals war das Geschäft gescheitert, weil es den Linken zu wenig, den Bürgerlichen zu weit ging. Im Frühling 2021 sieht alles anders aus. Die Linksgrünen und die FDP stimmten dem Entwurf mit 113 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Sie senkten gleich noch den Schwellenwert der Offenlegungspflicht von 25'000 auf 15'000 Franken. Ergänzend wurde beschlossen, dass nicht nur Kampagnenausgaben offengelegt werden müssen, sondern auch Beiträge, die Parteien von ihren Mandatsträgern erhalten. Mit der Vorlage wird das Milizsystem zu Grabe getragen. Der Bevölkerung wird zudem Sand in die Augen gestreut, da die Transparenz mit einer Stückelung der Spenden umgangen werden kann. Die SVP widersetzte sich erfolglos gegen dieses Bürokratieungeheuer.

Abzockern bei bundesnahen Unternehmen geht es an den Kragen

[16.438 Pa. Iv. \(Leutenegger Oberholzer\) Piller Carrard. Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen](#)

Die Entschädigungen der obersten Kader und Verwaltungsräte von bundesnahen Unternehmen sind derart massiv gestiegen, dass diese Löhne in keinem Verhältnis mehr zu den Aufgaben und den erbrachten Leistungen stehen. Daher unterstützte die SVP einen Stopp dieser Lohnexzesse und eine Obergrenze für Löhne in der Höhe einer Million Franken pro Jahr. Zudem sollen Abgangsentschädigungen für höhere Kader verboten werden. Diese Unternehmen verfügen oftmals über eine implizite Staatsgarantie, so dass sie nicht denselben wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt sind wie die private Konkurrenz. Es wäre darum falsch, dem obersten Kader Millionenentschädigungen auszurichten. Die SVP begrüsst, dass der Nationalrat mit 139 zu 44 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Lohnexzessen bei bundes- und bundesnahen Unternehmen einen Riegel geschoben hat.

SICHERHEITSPOLITIK

Ständerat schützt lieber Dschihadisten als unbescholtene Bürger

[19.3034 Mo. Nationalrat \(Fraktion V\). Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer](#)

Mit 37 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung lehnte es der Ständerat ab, dass Unterstützer von verbotenen Organisationen vorübergehend in Haft genommen werden dürfen, bis das Verfahren stattfindet. Wieder einmal wurde die SVP mit ihrem Einsatz für mehr Sicherheit in der Schweiz allein gelassen. Die anderen Parteien gewichteten die Interessen der dschihadistischen Gefährder, die unserer Kultur und unserer Lebensweise den Krieg erklärt haben, höher als die Gefahr, die von diesen Terroristen ausgeht. Diese falsch verstandene Toleranz ist fehl am Platz und gefährdet unbescholtene Bürger.

RECHTSFRAGEN

Willkürliche Justiz-Initiative abgewehrt

[20.061 Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren \(Justiz-Initiative\). Volksinitiative](#)

Die grosse Kammer hat die verfängliche Justiz-Initiative dank der SVP mit 102 zu 79 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. Bundesrichter werden auch in Zukunft nicht nach dem Losverfahren, sondern von der Bundesversammlung gewählt, wobei das oberste Richtergremium der Schweiz weiterhin ein Spiegel der Gesellschaft und politischen Mehrheiten bleibt. In einer Demokratie muss es Aufgabe des Volks und der Volksvertreter sein, die Mitglieder der Judikative zu wählen. Die Justiz-Initiative gaukelt zudem Unabhängigkeit von politischen Überlegungen vor, obwohl auch die Vorauswahl der Kandidaten nach bestimmten Kriterien erfolgen würde. Sie ist unpraktikabel und demokratiefeindlich.

Kriminalisierung des Bargelds in die Wege geleitet

[18.4094 Mo. Nationalrat \(WAK-NR\). Identifikationsschwelle für Bargeldtransaktionen](#)

Die Motion hätte den Schwellenwert für eine Meldepflicht von Bargeldtransaktionen auf 25'000 Franken belassen und nicht wie durch internationale Standards gefordert, auf 15'000 Franken gesenkt. Der Ständerat lehnte die Motion der WAK-NR einstimmig ab. Damit nimmt der Druck auf Bargeldbenutzer und deren Privatsphäre weiterhin zu.

Täterschutz auch in der neuen StPO im Zentrum

[19.048 Strafprozessordnung. Änderung](#)

Die Revision der Strafprozessordnung (StPO) ist zwar dringend nötig, da die heutige StPO den Täterschutz massiv ausgebaut, die Aufklärung von Straftaten erschwert und der administrative Aufwand für die Polizei stark erhöht hat. Polizisten verbringen immer mehr Zeit am Schreibtisch, statt auf der Strasse für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Weil die vorliegende Revision diesbezüglich keine Verbesserung bringen würde, setzte sich die SVP-Fraktion für eine Rückweisung an den Bundesrat ein. Mit 139 zu 54 Stimmen hiess der Nationalrat die Vorlage letztlich gut. Gegen den Willen der SVP entschied der Nationalrat, dass sich Parteien im Strafverfahren auf eine Mediation einigen können. Ausserdem soll am ausgebauten Täterschutz festgehalten werden. Die SVP konnte jedoch erfolgreich verhindern, dass die Tarife für die amtliche Verteidigung neu geregelt werden.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Uneinigkeit über Pilotprojekte verhindert Abschluss der Beratung

[19.046 Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung \(Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1\)](#)

Mit einem Bündel von Massnahmen wollte der Bundesrat die explodierenden Gesundheitskosten in den Griff bekommen. Über die vorgeschlagenen Änderungen sind sich National- und Ständerat weiterhin uneinig. Der Nationalrat stimmte der Einführung von landesweit einheitlichen Tarifstrukturen für ambulante Pauschaltarife zu. Die grösste Knacknuss bleibt der

Experimentierartikel. Die SVP sprach sich im Nationalrat für eine Lösung aus, die innovative Ideen nicht unnötig eingeschränkt hätten. Die Ratsmehrheit stimmte hingegen mit 110 zu 80 Stimmen für eine Auflistung der zulässigen Pilotprojekte im Gesetz. Die bestehenden Differenzen werden voraussichtlich in der Sommersession bereinigt.

Schweizer Sozialwerke bluten für Bosnien aus

[20.047 Soziale Sicherheit. Abkommen mit Bosnien und Herzegowina](#)

Obwohl ausschliesslich Bosnien vom Abkommen profitieren wird, genehmigte der Ständerat das Sozialversicherungsabkommen mit Bosnien widerstandslos. In der Wintersession 2020 hatte die SVP im Nationalrat dagegen angekämpft, war jedoch schon damals allein mit ihrem Widerstand. Wenn die Schweiz Renten ins Ausland überweist, werden dem Missbrauch Tür und Tor aufgemacht, und die Sozialversicherungssysteme der Schweiz, die nicht ausfinanziert sind und Jahr für Jahr Defizite schreiben, werden weiter ausbluten.

Digitalisierung im Gesundheitswesen schreitet voran

[20.3243 Mo. Nationalrat \(Fraktion RL\). Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen](#)

Gerade im Kontext der Corona-Krise scheinen die Faxgeräte im Gesundheitssektor als Überbleibsel einer längst vergangenen Zeit. Um die Digitalisierung Gesundheitswesen voranzutreiben, hat der Ständerat eine Motion einstimmig angenommen, um das elektronische Patientendossier, den Einsatz der Telemedizin und die digitale Vernetzung zwischen den Akteuren des Gesundheitswesens voranzutreiben.

Gesundheitspolitische Lehren aus der Covid-19-Krise müssen aufgearbeitet werden

[20.3263 Mo. Nationalrat \(M-CEB\). Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen](#)

Der Bundesrat hat mit seiner Corona-Strategie weitgehend für Verwirrung gesorgt, da verbindliche Parameter in Bezug auf die Gesundheitspolitik fehlen. Umso wichtiger ist eine sachliche Auslegeordnung, die hilft, weitere Debakel zu verhindern. Der Ständerat unterstützte einstimmig eine Motion, um die Beanspruchung der medizinischen Notfallversorgung und die Folgen auf die Versorgungsstrukturen abzuleiten. Gleichzeitig soll die Pandemiebewältigung des Bundes hinterfragt werden.

Parlament verabschiedet Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative

[19.401 Pa. lv. SGK-NR. Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität](#)

Das Parlament verabschiedete in der Frühjahrsession 2021 den indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative, nachdem die Vertragspflicht für Pflegende, die selbstständig abrechnen wollen, gestrichen worden waren. Stattdessen müssen die Verbände der Pflegenden und der Versicherer gesamtschweizerisch geltende Verträge abschliessen. Mit diesem Instrument soll die mengenmässige Entwicklung der Pflegeleistungen, die ohne ärztliche Anordnung erbracht werden, überwacht werden. Ausserdem fördert der Bund die Ausbildungsoffensive in der Pflege mit 469 Millionen Franken. Ob die erwünschte Wirkung eintrifft und der Pflege-mangel behoben werden kann, wird sich zeigen. Es ist zu befürchten, dass massive Mehrkosten entstehen, wenn die Pflegenden selbstständig abrechnen können, ohne mit den Versicherern einen Vertrag abschliessen zu müssen.

Parlament vereinfacht Zugang zu Medizinalcannabis

[20.060 Betäubungsmittelgesetz. Änderung \(Cannabisarzneimittel\)](#)

Das Parlament stimmte für eine Liberalisierung des Anbaus, der Herstellung, der Verarbeitung und des Handels von medizinisch genutztem Cannabis. Der Ständerat folgte dabei dem Nationalrat, der in der Wintersession 2020 beschlossen hatte, dass Medizinalcannabis direkt auf Rezept verschrieben werden darf. Die SVP-Fraktion hatte damals mit 33 Nein-Stimmen überwiegend dagegen gestimmt. Tatsächlich besteht ein Widerspruch zum gesundheitlichen Präventionseifer der linksgünen Parteien bei weitaus weniger schädlichen Tabakprodukten.

Nationalrat gegen ein generelles Tabakwerbeverbot

[20.068 Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung \(Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung\). Volksinitiative](#)

Der Nationalrat beschloss am 17. März 2021, die Tabakwerbeverbotsinitiative mit 96 zu 84 Stimmen mit 7 Enthaltungen zur Ablehnung zu empfehlen. Mit der Annahme der Initiative würde Zigarettenwerbung auf Plakaten im öffentlichen Raum ebenso verboten wie Kinowerbung, Inserate, Festivalsponsoring und Onlinewerbung für Tabak. Die SVP setzte sich vehement gegen diese unverhältnismässige Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit ein. Die Initiative schiesst weit über das Ziel hinaus, da tausende Arbeitsplätze in der Tabakindustrie und im Detailhandel gefährdet würden. Ausserdem besteht schon heute eine wirksame Selbstregulierung der Tabakbranche, die verhindert, dass Kinder und Jugendliche mit Tabakwerbung in Kontakt kommen.

BILDUNG UND FORSCHUNG

Forschungsverbotsinitiative hat im Nationalrat keine Chance

[19.083 Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot - Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt. Volksinitiative](#)

Diese Forschungsverbotsinitiative forderte ein bedingungsloses Verbot von Tierversuchen und Forschung am Menschen in der Schweiz. Ausserdem sollte der Handel mit Produkten, die unter Anwendung von Tierversuchen entwickelt wurden, verboten werden. Die Folgen für den Forschungsstandort Schweiz wären verheerend. Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig die Forschung bei der Bekämpfung von Krankheiten ist. Es wäre fahrlässig, wenn die Schweiz einen Alleingang machen und für die hier ansässigen Unternehmen schädliche Hindernisse aufstellen würde. Die SVP-Fraktion beschloss darum einstimmig, die Forschungsverbotsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die linksgrünen Parteien im Nationalrat drangen mit zwei Anträgen für Gegenvorschläge nicht durch. Der indirekte Gegenvorschlag von SP, Grüne und GLP scheiterte mit 110 zu 81 Stimmen. Auf einen direkten Gegenvorschlag trat der Nationalrat mit 139 zu 44 Stimmen bei 11 Enthaltungen nicht ein.

VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND MEDIEN

Parlament will nichts von der Sanierung des Lötschbergtunnels wissen

[20.4423 Mo. Salzmann. Im Interesse der Steuerzahlenden Trasse im Lötschbergtunnel jetzt vollständig sanieren](#)

Ständerat Werner Salzmann forderte mit seiner Motion eine vollständige, zeitnahe Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels. Um den Bund nicht mehr zu belasten, sollten die Mehrkosten durch die BLS innerhalb des ordentlichen Bundesbeitrages kompensiert werden. Der Ständerat entschied oppositionslos, die Motion der zuständigen Kommission zur Vorberatung zuzuweisen. Die SVP unterstützt das Anliegen der Motion, da eine gute Verkehrsverbindung die Lebensader der Wirtschaft ist.

SVP gegen völlig untauglichen Jugendschutz

[20.069 Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Bundesgesetz](#)

Das neue Bundesgesetz sollte Minderjährige vor Darstellung von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen in Filmen und Videospielen schützen. Zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet wären Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste. Auch Anbieter von Plattformdiensten für Videos und Videospiele sollten für gewisse Inhalte zu Alterskontrollen verpflichtet werden. Die SVP stimmte für Nichteintreten und lehnte das Gesetz in der Gesamtabstimmung ab. Da sich die Vorschriften nur im Inland durchsetzen lassen, sind sie heutzutage, wo die entsprechenden Medien im Internet abgerufen oder bestellt werden können, völlig untauglich. Ausserdem würden die Schweizer Händler gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt.

UMWELTPOLITIK

Nationalrat gegen vereinfachte Emissionsgrenzwerte für Nischenmarken

[20.3210 Mo. Ständerat \(Müller Damian\). CO2-Emissionsabgaben. Gerechtigkeit auch bei Nischenmarken](#)

Der Ständerat hatte der Motion bereits in der Herbstsession 2020 zugestimmt. Der Nationalrat zog in der Frühjahrssession 2021 gegen die Stimmen der SVP sowie einer Minderheit der FDP-Fraktion nach und beschloss, dass für Fahrzeuge von Klein- und Nischenherstellern dieselben CO2-Zielvorgaben gelten wie für die übrigen Fahrzeugmarken. Die betroffenen Klein- und Nischenmarken werden es sich zweimal überlegen, ob sie ihre Wagen in der Schweiz einführen werden, wenn sie die strengeren Emissionsgrenzwerte einhalten müssen.

Grüne Parteien ohne Verständnis für die Menschen in den Bergregionen

[21.3002 Mo. UREK-SR. Schweizer Wolfspopulation - geregelte Koexistenz zwischen Menschen, Grossraubtieren und Nutztieren](#)

[20.4340 UREK-NR. Schweizer Wolfspopulation. Geregelte Koexistenz zwischen Menschen, Grossraubtieren und Nutztieren](#)

Mit den gleichlautenden Motionen forderten die Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie, dass der Bundesrat auf Verordnungsstufe die Voraussetzungen für eine geregelte Koexistenz zwischen Menschen, Grossraubtieren und Nutztieren schafft. Von der SVP wurde dieses Anliegen in beiden Räten unterstützt, nicht aber von den beiden Grünen Parteien. GLP und Grüne stimmten mehrheitlich dagegen. Sie nehmen damit billigend in Kauf, dass noch mehr Schafe gerissen werden.

INGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[21.3032 Mo. Fraktion V. Stoppt den Lockdown. Covid-19-Beschlüsse sofort aufheben](#)

[21.3397 Mo. Fraktion V. CEDH : Ne plus exposer la Suisse à des condamnations en application d'une interprétation exorbitante de l'art. 8 CEDH \(respect de la vie privée familiale\)](#)

[21.407 Pa.IV. Fraktion V. Epidemiengesetz. Mitsprache des Parlamentes sichern](#)

INGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)